

Steffen Kotré

- (A) Sonne scheint. Das ist aber eben nur Harry Potter, und die Realität sieht anders aus.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir den Wendehals Ministerpräsident Söder betrachten, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, warum der Beruf des Politikers bei den Menschen hier nicht so angesehen ist; schließlich hat er so schnell seine Überzeugung über Bord geworfen.

(Beifall bei der AfD)

Aber das nur am Rande.

Ich komme zurück zum Thema. Stand 2022 geht bei uns das Licht aus. Die Übertragungsnetzbetreiber haben ganz klar aufgezeigt: 2022 fehlen uns 5,5 Gigawatt an gesicherter Leistung. Mit anderen Worten: Spätestens 2022 haben wir unsere gesicherte Stromversorgung geschreddert. Mittlerweile gibt es Verbände, auch der energieintensiven Industrie, die das bestätigen. So sagen etwa die bayerischen Chemieverbände ganz klar: Aufgrund der Energiewende und der hohen Strompreise gibt es schon seit 2000 eine Deindustrialisierung in Deutschland. – Die Investitionen sind geringer als die Abschreibungen in die entsprechenden Anlagen. Natürlich investieren die Unternehmen, aber nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland, und das ist ganz schlecht für unseren Standort Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Wenn Wacker Chemie aufgrund der Energiewende überlegt, seinen Produktionsstandort in den USA auszubauen und die Produktion vollständig dorthin zu verlagern, dann zeigt das: Ein Unternehmen kann die Energiewende nicht deutlicher kritisieren. Selbst Gewerkschafter melden sich zu Wort. Ein Bezirksleiter der IG Metall NRW hat schon gesagt: Im Falle des Ausfalls von Anlagen einer Aluminiumhütte werden diese Anlagen nicht mehr in Deutschland gebaut.

(Klaus Mindrup [SPD]: Die Gewerkschafter stehen morgen auf der Straße und demonstrieren für die Energiewende, Herr Kollege!)

Deutlicher kann man die Versorgungsunsicherheit hier in Deutschland nicht kennzeichnen.

Vielleicht noch ein Aspekt zu dem Irrsinn der ganzen Sache. Zum Beispiel ist der CO₂-Fußabdruck von Flüssiggas aus Katar größer als der der Braunkohle. Darüber redet aber kein Mensch. Der Fußabdruck des Flüssiggases aus den USA beträgt 80 Prozent des Fußabdrucks der Braunkohle. Was nämlich immer wieder unter den Tisch gekehrt wird, ist die Versorgungskette, die nämlich ebenfalls einen CO₂-Ausstoß hat; aber darüber redet hier kein Mensch. Daran kann man die ganze Ideologie des Kohleausstiegs ganz kurz beleuchten.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Steffen Kotré (AfD):

(C)

Nein, wir brauchen keinen religiösen Eifer; wir brauchen keine Politicalchemisten. Was wir brauchen, sind Ingenieure und Techniker. Was wir brauchen, ist Kohle. Was wir brauchen, ist eine gesicherte Energieversorgung.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Mahmut Özdemir, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Regelungen zum Klimaschutz ins Grundgesetz“ – leere Worte der grünen Kolleginnen und Kollegen. Der Klimaschutz ist bereits überall: in unserem gesellschaftlichen, in unserem politischen Handeln, in der Verfassung sowieso und in der Lebenswirklichkeit der Menschen erst recht. Im Ruhrgebiet bezeugen dies unsere stillgelegten Zechentürme – Denkmäler unseres Wohlstands. Der letzte Brocken deutscher Steinkohle in Bottrop war ein Moment, der alle Anwesenden um Fassung ringen ließ. Dennoch: Wir stehen zum Kohleausstieg. Wir haben nämlich nicht herumgesessen und an einer Grundgesetzänderung herumgebastelt. Wir haben dafür gesorgt, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Kindern und den Enkeln der Kumpel vernünftige Arbeitsplätze bieten zu können, weil wir als Sozialdemokraten weiter für Strukturhilfen in diesem Land streiten.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dennoch: Die Belegschaften der Stahlindustrie – Sie haben den Stahl gerade selber angesprochen – haben die besten und zukunftsfähigsten Industriewerke Europas geschaffen. Sie haben Abfallprodukte verstromt. Sie haben den so gewonnenen Strom auch noch zusätzlich zur Wärmegewinnung genutzt, angereizt durch die Politik, angereizt durch ein Erneuerbare-Energien-Gesetz und auch durch knallharte sozialdemokratische Energiepolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Grundgesetz mit Artikel 20a enthält im Übrigen bereits eine solche Norm zum Klimaschutz. Sachverständige haben in der Anhörung Ihrem Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ein demokratietheoretisches Problem bei der Abwägung mit Verfassungsgrundsätzen attestiert. Ich übersetze das mal für Sie: Selbst der Gerechte wird ungerecht, wenn er selbstgerecht wird. – Immer noch ratlose Gesichter. Ich werde deutlicher: Wer erst den Hambacher Forst in Regierungsverantwortung zur Abholzung freigibt, um sich dann scheinheilig-dreist an die Spitze der Bewegung dagegen zu setzen, der sollte zur Aufrichtigkeit ermahnt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der AfD)

Wenn der Ministerpräsident von Baden-Württemberg privat Diesel fährt, dienstlich ein Hybridfahrzeug mit

Mahmut Özdemir (Duisburg)

- (A) entsprechender Technik bewegt, das sich kein Normalverdiener leisten kann, dann sollte er wiederum an seine Glaubwürdigkeit erinnert werden. Solche Dinge, so eine Politik und so eine Verfassung können sich diejenigen, die den Biomarkt mit dem Porsche ansteuern, leisten, aber nicht der pendelnde Familienvater mit seinem Diesel, der gerade von der Automobilindustrie verladen worden ist. Für diejenigen haben wir Politik gemacht. Denjenigen haben wir den Klagerechtsbehelf an die Hand gegeben, der ihnen den Kampf David gegen Goliath ermöglicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Sie haben gar nichts beim Dieselskandal gemacht!)

Sie fordern eine Grundgesetzregelung als Selbstzweck. Das ist Unsinn. Ich erkläre es Ihnen anhand eines Beispiels aus meinem Wahlkreis in Duisburg.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bevor Sie uns irgendwas zum Klimaschutz erklären wollen, lesen Sie erst mal!)

- Weil Ihnen die Ansätze zur Förderung von Innovation und Forschung fehlen, erzähle ich Ihnen, dass wir in Duisburg leichtesten Stahl für energieeffiziente Fahrzeuge und Windräder bauen. Weil Ihnen die Ansätze zur Förderung der Vielfalt umweltschonender Antriebe fehlen, erzähle ich Ihnen, dass wir in Duisburg die Heimat der Brennstoffzellentechnik sind. Wir haben die schnellsten und die besten Ladesäulen, die Vorzeigeladesäulen für E-Autos gebaut, und wir haben sogar im Duisburger Hafen Energieladesäulen bereitgestellt, damit die Schiffsmotoren nicht permanent laufen. Das ist sozialdemokratische Umweltpolitik.
- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, Sie müssen leider zum Schluss kommen.

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Meine Redezeit ist zu Ende.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gott sei Dank!)

Ich hätte Ihnen noch ganz viel über sozialen Wohnungsbau erzählen können und darüber, dass wir es sind, die für die Menschen bezahlbaren Wohnraum, klimafreundlichen Wohnraum schaffen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Özdemir, bitte.

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Bevor ich dann allerdings vom Präsidenten weiterhin ermahnt werde, sage ich: Wer Verantwortung trägt, tut das Mögliche. Wer keine Verantwortung tragen kann – –

(Beifall bei der SPD – Das Mikrofon wird abgeschaltet)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, ich habe Sie nicht nur ermahnt, sondern Ihnen gerade das Wort entzogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächster Redner spricht zu uns der Kollege Dr. Lukas Köhler, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Lukas Köhler (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat in dieser Woche den Haushalt für 2020 vorgelegt. Als Serviceopposition, die heute schon an morgen denkt, wollen wir zeigen, wie wir in Zukunft ein Haushaltsrisiko über mehrere Milliarden verhindern können. Das Beste daran ist, dass wir gleichzeitig die wichtigste und beste Maßnahme für den Klimaschutz umsetzen.

Aber zunächst mal zum Problem. Die Klimapolitik in Europa ist im Moment zweigeteilt. Es gibt auf der einen Seite den Emissionshandel, kurz ETS, mit einem jährlich sinkenden Limit für CO₂-Emissionen in der Industrie und der Energiewirtschaft. Das funktioniert wunderbar. Das Limit wird jedes Jahr eingehalten, die Emissionen sinken, wie die Politik das vorherbestimmt hat. Die Ziele werden erreicht, und die Verursacher des CO₂ müssen für ihre Emissionen bezahlen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf der anderen Seite haben wir den sogenannten Non-ETS-Bereich. Das sind vor allem die Emissionen aus dem Verkehrssektor, der Landwirtschaft und dem Gebäudesektor. Für den Non-ETS-Bereich gibt es, wie der Name schon sagt, keinen Emissionshandel, also auch kein CO₂-Limit. Damit kann jeder CO₂ ausstoßen, soviel er will und ohne dass er dafür bezahlen muss. Ziele gibt es für die einzelnen Mitglieder der EU, zum Beispiel Deutschland. Die Non-ETS-Ziele sind zwar deutlich niedriger als die Emissionshandelsziele, sie werden aber auch nicht erreicht, und wenn ein Land seine Ziele nicht erreicht, muss es ein anderes Land suchen, das das schafft und von diesem Emissionsberechtigungen kauft. Es entsteht also eine Art zweiter Emissionshandel mit dem entscheidenden Unterschied, dass hier nicht die Verursacher zur Kasse gebeten werden, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Das ist aus zwei Gründen problematisch: Auf der einen Seite schafft es keine Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien, keine Anreize für Fortschritt. Es fehlt der Kostendruck. Auf der anderen Seite ist es auch noch total ungerecht; denn jeder Mensch, der sich bewusst klimafreundlich verhalten möchte, wird